Abend-Ausgabe

Deutsche Allgemeine Zeitung

Preis für Berlin 20 Pfg.

60. Jahrg. | Erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal und bringt täglich eine Unterhaltungsbeilage, Sonntags die illustrierte Bilderchronik, Mittwochs abwechselnd eine bunte Modenbeilage und eine Kunstbeilage, außerdem täglich wechselnd die Beilagen: „Wirtschaft und Recht", „Kraft und Stoff", „Der Weltverkehr", „Die Welt der Frau", „Lehren und Lernen", „Reisen und Wandern". Schriftleitung: Berlin SW 48, Wilhelmstr. 30-32. Fernspr. Nollendorf 4783-88.

Dienstag, 8. Februar 1921

Bezugspreis monatlich M. 12.—. Man bestellt in Groß-Berlin beim Verlag, außerhalb bei der Post. In Dänemark, Deutsch-Oesterreich, Holland, Luxemburg, Norwegen, Schweden, Schweiz, Tschecho-Slowakei und Ungarn Bezug durch die Post, im übrigen Ausland nur unter Streifband vom Verlag. Preis für die 33 mm breite mm-Anzeigenzeile M. 1.50, für die 67 mm breite mm-Reklamezeile M. 4.50. Geschäftsstelle: Berlin SW 48, Wilhelmstr. 30-32. Fernsprecher Nollendorf 5950-58.

Nr. 64

Die Abdankung des Kaisers.

Eine Richtigstellung der Erinnerungen Scheidemanns.

Von

Generalleutnant **Schulz.**

Das „8-Uhr-Abendblatt" vom 7. Februar bringt unter der Ueberschrift „Die letzten Stunden des Kaiserreichs" einen Abschnitt aus dem in diesen Tagen erscheinenden Buche des Herrn Scheidemann „Der Zusammenbruch". Es ist darin von einer Sitzung des Reichskabinetts die Rede, die in den letzten Tagen des Oktobers 1918 stattfand und in welcher der Reichskanzler die Abdankungsfrage zur Sprache brachte. Herr Scheidemann berichtet darüber unter anderem: „Im übrigen möchte ich feststellen, daß in dieser Kabinettssitzung auch nicht eine Stimme sich erhob, um das Verbleiben des Kaisers zu fordern. Alle Staatssekretäre und Minister gaben zu, daß durch den freiwilligen Rücktritt des Kaisers eine Erleichterung der Lage eintreten würde."

Das trifft beides nicht zu. Ich erwähne nur, daß sowohl der verstorbene Staatssekretär Gröber — den noch lebenden will ich nicht vorgreifen — wie auch ich wiederholt und mit größtem Nachdruck gegen die Abdankung aufgetreten sind. Einiges von dem, was ich gegen die Abdankung gesagt habe, führt Herr Scheidemann ja auch an. Das steht schon im Widerspruch zu der angegebenen Stelle seines Buches. Mir liegt aber auch eine Aufzeichnung vor, die ein Teilnehmer an der beim Reichskanzler am 31. Oktober 1918 stattgehabten Aussprache angefertigt hat. Danach habe ich im wesentlichen meinen gegen die Abdankung klar und deutlich eingenommenen Standpunkt wie folgt begründet:

Ich weiß das, was das Gemüt bewegt, durchaus zu würdigen und kann deshalb bleiben. Es sei die Frage aufgeworfen, ob wir bessere Bedingungen erhalten würden, wenn Seine Majestät abdankt und der Kronprinz verzichtet. Es liege keinerlei Anlaß vor, Schritte in dieser Richtung zu tun; sie müßten in der Armee besonders schwere Folgen haben. Die Generale und die Offiziere dächten an das, was sie beschworen haben, an die Treue gegen ihren Kaiser. Nehme man ihnen den Weg, so nehme man ihnen auch den, was sie vornehmlich befähigt, weiter auszuharren. Die Stärkung Wilsons gegenüber England und Frankreich sei nur eine Annahme. Das neutrale Ausland habe natürlich ein großes Interesse am baldigen Friedensschluß; es wolle wieder Luft bekommen. Die idealen Werte, die wir noch zu verteidigen hätten, könne das neutrale Ausland nicht mit abschätzen. Der immer wiederkehrende Gedanke, die Abdankung führe vielleicht zum Frieden, — der führe irr. Anders, wenn wir uns auf den deutschen Standpunkt stellen und prüfen: wie sieht es gegenüber all den Annahmen mit der Wirklichkeit aus? Wegen der weiteren Ausbreitung des Rücktrittsgedankens im Volke müsse ich fragen, weshalb wir keine Gegenwirkung in der Presse hätten? man liefe das Volk glauben, daß die Regierung derselben Ansicht sei, wie die Presse, die jetzt die öffentliche Meinung macht. Wir ließen uns von dieser öffentlichen Meinung treiben und führten sie nicht; wir regierten nicht, sondern wir ließen regieren. Das Demagogische bestehe sofort die Oberhand, wenn nicht mit einer Gegenwirkung eingeschritten würde.

Auf in bezug auf die Art einer solchen Gegenwirkung geäußerte Bedenken erwiderte ich: „Mir haben zuviel Bedenken. Wir haben noch im Kriege! Mit Bedenken hat man noch nie einen Krieg glücklich zu Ende geführt."

Um den dritten Bismarck-Band.

1. **Frankfurt**, 8. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Die Cottasche Verlagsbuchhandlung sandte der „Frankfurter Zeitung" eine Erklärung in der es heißt, daß die Buchhandlung Veröffentlichungen aus dem dritten Bande von Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen" in der ausländischen Presse völlig fernstehe und irgendwelche materielle Vorteile daraus nicht erwarten könne. Sie betrachtet sich im Gegenteil durch diese Veröffentlichungen als geschädigt.

Belgien und das deutsche Eigentum

W. T. B. meldet:

Der hiesige belgische Gesandte hat dem Reichsminister des Auswärtigen am 5. d. M. folgende Note übergeben: Die belgische Regierung beabsichtigt nicht, von den in den §§ 18 der Anlage 2 zu Teil 3 des Friedensvertrages von Versailles zugesicherten Rechten, das Eigentum der deutschen Staatsangehörigen zu beschlagnahmen, Gebrauch zu machen für den Fall, daß Deutschland gegen seine Verpflichtungen absichtlich verstoßen würde. Dieser Bericht beschränkt sich auf deutsches Eigentum in Belgien, seinen Kolonien oder dem von ihm verwalteten Gebiet einschließlich der Bankguthaben wie der Schiffe und Fahrzeuge in belgischen Gewässern. Dies gilt ebenso von Waren an Bord belgischer Schiffe oder Fahrzeugen, die nach Belgien zum Verkauf gesandt waren.

Von zuständiger Stelle wird besonders darauf hingewiesen, daß der von Belgien ausgesprochene Bericht in verschiedener Hinsicht weiterreichend ist, als der von der britischen Regierung bereits früher ausgesprochene Bericht. Es wäre zu wünschen, wenn der belgische Schritt dazu beitragen würde, dem vor dem Kriege selbstverständlichen Grundsatz der Unverletzlichkeit des privaten Eigentums im Frieden wieder zur Geltung zu verhelfen.

Einladungsannahme unter Vorbehalt.

W. T. B. meldet:

Das Auswärtige Amt hat der hiesigen französischen Botschaft mitgeteilt, daß die deutsche Regierung die Einladung für die Londoner Konferenz unter der ausdrücklichen Voraussetzung annimmt, daß auch die deutschen Gegenvorschläge auf der Konferenz zur Beratung gestellt werden.

Frankreichs Vertretung in London.

Paris, 7. Februar. (W. T. B.) **Wie „Entente" meldet, wird die französische Regierung auf der Londoner Konferenz durch die Minister Briand, Doumer und Loucheur vertreten sein.**

Briand empfing im Laufe des gestrigen Tages den amerikanischen Botschafter, mit dem er eine lange Unterredung hatte, sowie den französischen Botschafter in Berlin, Charles Laurent.

Die „Liste der Kriegsschäden".

Paris, 8. Februar. (T. U.) Die Reparationskommission hat bereits mehrfach die alliierten und assoziierten Regierungen aufgefordert, ihr eine Liste ihrer Kriegsschäden zu unterbreiten zwecks Auferlegung der deutschen Schuld. Die Reparationskommission hat sich jetzt von neuem an die einzelnen alliierten Regierungen gewandt und den 12. Februar als letzten Termin für die Vorlage der Listen der Kriegsschäden festgesetzt.

Die Reparationskommission ist von der Botschafterkonferenz mit der Ausführung des 9. Abschnittes des Versailler Vertrages Artikel 248 bis 263 (finanzielle Bestimmungen) beauftragt worden.

Der nunmehr zur Durchführung bestimmte Teil IX sieht zunächst in Artikel 248 die jetzt wieder vielfach in die Debatte geworfene „Generalhypothek" fest, d. h. die erstfällige Haftung des gesamten Besitzes und aller Einnahmequellen des Deutschen Reiches und der deutschen Staaten für die Bezahlung der Kosten der Wiederherstellung aller anderen Lasten, die sich aus dem Friedensvertrag und den ergänzenden Abmachungen ergeben. Artikel 251 setzt die Zahlungsfolge fest, in welcher die einzelnen Forderungen zur Befriedigung anzusetzen sollen. Dabei werden zuerst die Besatzungskosten, an zweiter Stelle die Wiederherstellungsbeträge und schließlich die übrigen Verpflichtungen Deutschlands zur Hinterlegung angewiesen. Ein gewisser Vorrang wird für die Kosten der Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln und Rohstoffen eingeräumt.

Aus der obigen Notiz läßt sich hoffentlich wenigstens wieder nichts darüber entnehmen, wie die Botschafterkonferenz und die Wiedergutmachungskommission sich die Art denkt, in welcher die beschlossenen Steuern des Friedensvertrages tatsächlich zur Durchführung gelangen sollen. **E. P.**

Kemal entsendet eine Abordnung?

London, 7. Februar. (W. T. B.) Reuter zufolge hat Mustafa Kemal Pascha, der zuerst geleugnet hatte, formell zur Londoner Konferenz eingeladen zu werden, nunmehr beschlossen, eine Delegation nach London zu senden. Hierzu bemerkt das Reuterische Bureau, von dieser verschärfteren Haltung Mustafa Kemals hätten die zuständigen Stellen mit Befriedigung Kenntnis genommen.

Dagegen meldet „Morning Post" aus Konstantinopel im Gegensatz zu der Reuterschen Nachricht, die kemalistische Regierung habe, unter dem Drucke von Moskau von ihrem Vorhaben, Delegierte zur Londoner Konferenz zu entsenden, abgeleitet.

Der amerikanische Senat gegen Wilson.

Washington, 7. Februar. (W. T. B.) Dem Beispiele des Repräsentantenhauses folgend hat der Senat zum zweiten Male gegen das Veto Wilsons die Entschließung angenommen, in der die Herabsetzung des Heeres auf 175 000 Mann gefordert wird.

Tages-Spiegel.

Die deutsche Regierung hat die Einladung nach London unter Vorbehalt angenommen.

Belgien erklärte auf sein Recht zur Beschlagnahme deutschen Eigentums zu verzichten.

Die Hauptverhandlungen zwischen Danzig und Polen über die abzuschließenden Verträge beginnen am 14. Februar in Warschau.

Zwischen der österreichischen und ungarischen Regierung begannen die Verhandlungen wegen Festlegung der westungarischen Grenze.

Tschitscherin bietet Rumänien Verhandlungen über die strittigen Fragen an.

Argentiniens Stellung zum Völkerbund.

Drahtmeldung.

Buenos Aires, 7. Februar. (Ltd. Tel.)

Präsident Irigoyen gelegentlich seines Vertreters des „United Telegraph" eine Unterredung, in deren Verlauf er sich über Argentiniens Stellung zum Völkerbunde folgendermaßen aussprach:

Die argentinische Delegation sei auf der Genfer Völkerbundstagung mit bestimmten Vorschlägen hervorgetreten, die jedoch von der Versammlung mehr als Nebenfragen denn als grundsätzliche Probleme betrachtet worden seien. Die argentinischen Delegierten hätten sich durch keine äußeren Rücksichten, sondern nur durch das Empfinden für Recht und Gerechtigkeit leiten lassen. Seit die argentinische Delegation sich von den Genfer Verhandlungen zurückgezogen habe, sei zwischen dem Völkerbunde und Argentinien kein Austausch von Mitteilungen mehr erfolgt. Der Präsident meinte ferner, ein Völkerbund ohne den Beitritt aller Nationen sei eine Unmöglichkeit. Argentiniens Freundschaft für die Nationen sei nicht bestimmt durch Rücksichten auf die Regierungen, sondern auf die Völker.

Was Deutschland angehe, so sei die Errichtung der deutschen Republik inmitten äußerer Schwierigkeiten das beste Zeugnis für die deutsche Kultur. Deutschlands Niederlage sei keine Schande für das deutsche Volk, das wie kein anderes gekämpft habe, bis schließlich der Sieg sich der anderen Seite zuneigte.

Zur Einwanderungsfrage erklärte der Präsident, Argentinien beabsichtige nicht die Errichtung von Propagandabureaus im Auslande, da ein solches System erweislich fehlschlagen müsse. Doch seien Einwanderer aus allen Ländern in Argentinien willkommen.

Vom irischen Kriegsschauplatz.

Drahtmeldung.

London, 7. Februar. (W. T. B.)

Als Vergeltung für einen Angriff, bei dem elf Polizisten den Tod gefunden haben, sind in der Gegend von Drauteen mehrere Häuser eingeäschert worden.

Londoner Blätter berichten, der Generaladjutant des Sinnfeinerheres Michael Collins sei vorige Woche in einem Gefecht in der Nähe von Ballyborein in der Grafschaft Cork erschossen worden. Drei bewaffnete Männer drangen heute nachmittag in eine der Dubliner Filialen der Nationalbank ein, bedrohten das Personal mit Revolvern und entkamen mit unnähernd 1000 Pfund Sterling.

Einberufung des neuen Landtags.

Das preußische Staatsministerium hat sich in seiner gestrigen Sitzung mit der Frage befaßt, zu welchem Termin der neugewählte Landtag einberufen werden soll. Er geht dabei von der Absicht aus, den Sonntag möglichst früh zusammentreten zu lassen. Man nimmt an, daß bis zum 5. März die amtlichen Ergebnisse der Wahl vorliegen können; am 4. März kommen an die gewählten Abgeordneten die Legitimationen und Fahrtscheine abgehen; am 8. oder 10. März werden die Herren in Berlin eintreffen können. Das Ministerium wird aus diesen Gründen den neuen Landtag auf den 10. März einberufen.

Die Konvention Danzig-Polen.

Eigene Drahtmeldung.

Danzig, 7. Februar.

Die auf Grund der Danzig-polnischen Konvention zwischen der Freien Stadt Danzig und der polnischen Regierung abzuschließenden Verträge sind jetzt so weit vorbereitet, daß die Hauptverhandlungen am 14. Februar in Warschau beginnen sollen.

Nach einer Veröffentlichung der Schuldenverwaltung der Stadt Danzig betrugen die Schulden der Stadtgemeinde am 31. Dezember 1920 und 43 035 000 Mark. Die Vorbereitungen zur Aufnahme einer neuen Danziger Stadtanleihe sind schon lange im Gange; nur der Zeitpunkt der Begebung der Anleihe wird jetzt für recht ungünstig gehalten.

Verhaftungen in Oppeln.

Oppeln, 7. Februar. (W. T. B.) **Im Anschluß an die gestrigen deutschen Kundgebungen bei der Abfahrt des aus Oberschlesien ausgewiesenen Oberregierungsrats Plesch wurde eine Anzahl Verhaftungen vorgenommen, u. a. die des Fahrdienstleiters, weil er angeblich den D-Zug nicht fahrplanmäßig abgelassen hat. Die Verhafteten wurden kurze Zeit später wieder entlassen. Heute wurde bekannt, daß eine Kundgebung von Pfiffen für die nächsten Tage nicht erfolgt, und daß die Verantwortung von Vergnügungen untersagt worden ist. Der Bevölkerung, die darin Vergeltungsmaßnahmen für die gestrigen Kundgebungen sieht, hat die Regierung Ruhe und Besonnenheit dringend empfohlen.**

W. T. B. meldet aus Hindenburg: Sechs bewaffnete Banditen überfielen im Dorfe Zaborze das Geschäftshaus eines Kaufmanns und plünderten es aus. Es fielen ihnen 18 500 M bares Geld und für etwa 20 000 M Waren in die Hände. Die hinzuströmende größere Menschenmasse wagte nicht, gegen die Banditen vorzugehen, die unbehelligt mit ihrer Beute entkamen.

Die Bezirkswirtschaftsräte.

Das Reichswirtschaftsministerium hat eine Denkschrift über den Aufbau der Bezirkswirtschaftsorganisation ausgearbeitet. Sie versucht, ein Bild zu geben über die Probleme, die sich nach den Verfassungsbestimmungen, die die wirtschaftliche Räteorganisation festgelegt haben, ergeben. Diese Organisation ist in ihrer unteren und obersten Stufe bereits vorhanden: in den Arbeiter- und Betriebsräten und im Reichswirtschaftsrat. — Es fehlt aber noch die Zwischenstufe. Die Denkschrift bringt nach keine Lösung der Vielgestaltigkeit der Probleme für die Bildung der Zwischenstufe, sondern gibt nur eine Zusammenstellung all der dabei aufzuwerfenden Probleme.

Japanische Sitzung für die deutsche Kinderhilfe.

Wie aus Tokio berichtet wird, hat Herr Moyoyama, der Besitzer zweier der am meisten gelesenen Zeitungen in Japan, der Nichi-Nichi und Osaka Mainichi den Betrag von 200 000 Mark für die deutsche Kinderhilfe gestiftet.

Verhandlungen um Westungarn.

Eigene Drahtmeldung.

Kdg. Wien, 8. Februar.

Die von der Entente-Botschafterkonferenz zwischen der österreichischen und ungarischen Regierung wegen Festlegung der westungarischen Grenze sind bereits im Zuge. Beide Regierungen sind bereit, mit Rücksicht auf die schwierige Lage, die die Wahrung Wehungarns als Garant mit sich bringt, in Einzelfragen einander näherzukommen. So legt Ungarn besonders Gewicht darauf, die Stadt Oedenburg aus historischen und nationalen Gründen zu behalten und würde, falls sie in diesem Punkte Entgegenkommen finde, ihrerseits zu wirtschaftlichen und finanziellen Zugeständnissen an Oesterreich bereit sein. Auch bezüglich des Plattensees wird verhandelt. Die tatsächliche Einverleibung des Burgenlandes an Deutsch-Oesterreich soll durch diese Verhandlungen verbindlich erwogen werden. Wann es soweit sein wird, kann heute allerdings noch nicht beurteilt werden, weil die innerpolitische Lage in beiden Ländern gegenwärtig die volle Aufmerksamkeit der Regierungen erfordert.

Die Wiener Ersparungskommission

Wien, 7. Februar.

Heute vormittag hat im Bundeskanzleramt unter dem Vorsitz ihres Präsidenten Dr. Beck und im Beisein des Bundeskanzlers Dr. Mayr die konstituierende Sitzung der Ersparungskommission stattgefunden.

Der Bundeskanzler führte dabei aus: Die erste Aufgabe der Kommission sei eine allgemeine Verwaltungsreform, im besonderen die Durchführung von Ersparungen im Staatsbedarf habe und in der einzelnen Ressorts, während auch die Frage des Beamtenabbaues zu behandeln sein werde. Die zweite Gruppe werde die Reform der staatlichen Betriebe sein. Als dritte Gruppe müsse die Lösung des Währungsproblems und Kurs gefaßt werden, welches unbedingt fremder Hilfe bedürfe.

Präsident Dr. Beck führte u. a. aus: Die Kommission wird sich eingehend mit dem St. Germainer Vertrag befassen, um die Summe der Oesterreich auferlegten Verpflichtungen zu gestellen, die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit aufzuzeigen und so der Regierung einen völlig objektiven Ausgangspunkt für die Verhandlungen mit der Reparationskommission zu geben. Auch die eingehend durch den St. Germainer Vertrag geschaffenen oder auf ihn zurückführenden Einrichtungen und ihre wirtschaftlichen Folgen wird die Kommission in Betracht zu ziehen haben, vorwiegend insbesondere die verschiedenen Kommissionen und die Wehrmacht Oesterreichs hervorzuheben sei.

Der Streit um die deutschen Kabel.

London, 8. Februar. (T. U.) **Aus Washington wird gemeldet, daß neue Bemühungen von seiten des Staatsdepartements gemacht werden, um zu einem Uebereinkommen in der Frage der deutschen Kabel noch vor dem 4. März zu kommen. Unterstaatssekretär des Staatsdepartements Davis hat die Botschafter Frankreichs, Japans und Italiens eingeladen, mit ihm über diesen Gegenstand an einem Tage dieser Woche zu konferieren. Man glaubt nicht, daß ein Uebereinkommen bis zu diesem Tage möglich sein wird; dem Frankreich besteht auf seinem Anrecht an die Kabel Frankreich—Atlantischer Ozean, welche sich gegenwärtig im Besitze Frankreichs befinden. Japan nimmt eine ähnliche Haltung ein. Das Staatsdepartement hat zu verstehen gegeben, daß, wenn die Angelegenheit nicht bis zum 15. März geregelt sei, Amerika die Nichtlieferung der amerikanischen Kabel vorläufig abschneiden werde.**

Pilsudski auf der Heimreise.

Paris, 7. Februar. (E. B.) Nachdem Pilsudski noch das Schlachtfeld von Verdun und die Stadt selbst besucht hatte, wo er zum Ehrenbürger ernannt wurde, hat er die Heimreise nach Warschau angetreten.

Sforzas Rede im Senat.

Drahtmeldung.

Rom, 7. Februar. (Stefani.)

Graf Sforza besprach heute im Senat die Ergebnisse der Pariser Konferenz.

Hinsichtlich der Reparationen erklärte Sforza, für die Festsetzung der Ziffer müsse man zwei Punkten Rechnung tragen: dem Betrage der Schuld und der Zahlungsfähigkeit Deutschlands. Die Zahlungsfähigkeit Deutschlands sei schwierig festzustellen, denn die deutsche Regierung unterlasse es aus erklärlichen Gründen, sie bekanntzugeben. (!) Hauptsächlich fehle es an Statistiken auf wirtschaftlichem Gebiete, aber das genüge nicht, um die Erscheinung zu verbergen, die täglich deutlicher werde, nämlich ein charakteristischer und interessanter Gegensatz zwischen der wirtschaftlichen und der finanziellen Lage. Die erstere gelge das Bestreben zur alten Blüte des Reiches, die letztere verschlechtere sich beständig und lasse die beunruhigendste Krisis voraussehen.

Der Bericht der Brüsseler Sachverständigen werde geprüft und ein vollständiger Zahlungsplan vorgelegt. Wenn man den gegenwärtigen Zustand Deutschlands nicht außer acht lassen dürfe, so mußte man doch auch seinen zukünftigen Verhältnissen Rechnung tragen, und die Konferenz wünschte, daß die Bezahlung in unmittelbarer Beziehung zu dem wachsenden Wohlstande Deutschlands stände. Sforza erinnerte daran, daß der Plan von Boulogne eine Bezahlung von 269 Milliarden Goldmark vorsah, während der Pariser Plan 226 Milliarden Goldmark vorsieht, außerdem die Abtretung von zwölf Prozent des Wertes der Ausfuhr.

Sforza erklärte, daß es sich nicht um eine Steuer handle, denn als man von einer Steuer sprach, habe die italienische Delegation Widerspruch erhoben, denn eine Steuer würde die deutsche Ausfuhr beeinträchtigen und den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands verzögern, den wir beschleunigen wollen. Es handelt sich in Wirklichkeit um die teilweise Abtretung der Auslandsguthaben, die die deutschen Angehörigen verkaufen gehören, die von ihrer Regierung entschädigt werden sollen. Auf diese Weise sind die Mitteren unmittelbar daran interessiert, daß Deutschland wieder ein machtvoller Faktor der Weltwirtschaft wird. Wenn man in London zu einer Uebereinkunft gelangt, so wird die begonnene Arbeit zu glücklichen Ergebnissen geführt haben.

Sforza fügte hinzu, daß die Konferenz die **Besatzungskosten** auf 240 Millionen Goldmark herabgesetzt habe, in denen auf italienischen Vorschlag die Kosten für die militärischen Kontrollkommissionen, für die interalliierte Rheinlandkommission, für die Botschaftskommissionen und andere eingeschlossen seien.

*

Nach Lloyd George läßt sich auch der italienische Minister des Aeußern vernehmen und sucht den Wahrwitz von Paris zu entschuldigen. Graf Sforza kann ebenfalls nur sich den Ausführungen der Franzosen vielfaltlos anschließen, obwohl er gerade in Italien selbst die Wirkungen des Krieges an dem Wirtschaftsleben studieren kann und sich überlegen müßte, daß ein Chaos in Mitteleuropa in erster Linie in Italien seinen Rückschlag auslösen wird. Wie Graf Sforza von einer wirtschaftlichen Blüte Deutschlands sprechen kann, ist ganz unerfindlich. Die Gegenüberstellung der schlechten Finanzlage und angeblich günstige wirtschaftliche Verhältnisse in Deutschland ist nur im Widerspruchsvolle eines bekannten französischen Argumentes, wie Graf Sforzas Darlegungen wenig Eigenes bieten. Er darf sich nicht darüber wundern, daß seine Ausführungen das deutsche Volk schwer enttäuscht haben.

Graf Sforzas Rede enthält einen einzigen Lichtpunkt: die Aussicht, daß nach dem Fehlschlag der Pariser Konferenz eine wirksame Hilfe für Oesterreich geschaffen wird.

Die Annullierung der Schulden.

Eigene Drahtmeldung.

N. I. S. **London**, 8. Februar.

„Evening Standard" befspricht, wie die übrigen Londoner Zeitungen, die Frage der **Annullierung der gegenseitigen Schulden der Verbündeten.** Obgleich der amtliche Meinungsaustausch über die Annullierung der interalliierten Schulden vorläufig abgeschlossen sei, werde an maßgebender Stelle angenommen, daß im Interesse der internationalen Finanzen diese Annullierung, wenn nicht durch direkte, so durch indirekte Mittel erfolgen werde. England falle die Sache so auf, daß keine finanziellen Verpflichtungen gegenüber Amerika bis Ihm einer einzigen langfristigen Anleihe annehmen sollen, für deren Tilgung die von Deutschland zu erwartende Entschädigungssumme Verwendung finden soll. Eine öffentliche amtliche Bestätigung haben diese Meinungen noch nicht gefunden, aber die ganze Presse bespricht die Frage der interalliierten Schulden im engen Zusammenhang mit der Wiederherstellungsfrage.

Ein hoher Beamter äußerte sich gegenüber amerikanischen Zeitungskorrespondenten über den Antagonismus des britischen und des amerikanischen Volkes, den er für ein bedauerliches Mißverständnis erklärte. Jede Partei erwarte von der andern das Unmögliche. Er teilte weiter mit, daß die Frage der Schuldenannullierung auf Anregung Frankreichs angeschnitten worden sei. Sie sei in nicht offizieller Weise zwischen der britischen und der amerikanischen Finanzverwaltung erörtert, aber aufgegeben worden, als Amerika auf die Anregung nicht eingehen wollte. Im Widerspruch damit erklärte eine Lloyd George nahestehende Persönlichkeit, Geddes habe empfohlen, die Frage nicht weiter zu erörtern. Aber Lloyd George habe diesen Rat abgelehnt und dem englischen Botschafter in Washington den Vorwurf einer zu großen Amerikafreundlichkeit gemacht.

Die Rote Armee.

Interessante Angaben über die Zusammensetzung und Stärke der russischen Roten Armee, die offenbar von einem guten Kenner stammen, macht die Prager russische Zeitung „Volja Rossii". Wir entnehmen ihnen folgendes:

Die Zahl der Armeen, aus welchen die Gesamtarmee besteht, beträgt im ganzen 22. Von diesen sind aber in Wirklichkeit in mehr oder weniger befriedigendem Zustand nur 17 vorhanden, die übrigen bestehen entweder nur auf dem Papier oder sind in Arbeitsarmeen verwandelt und entwaffnet worden. Jede Armee besteht aus 3 bis 5 Schützendivisionen, die meisten Armeen aus 3 bis 4 Kavalleriedivisionen. Jede Armee hat außerdem eine besondere Kavalleriedivision oder Kavalleriebrigade. Im ganzen sind daher ungefähr 60 Schützen-Infanteriedivisionen und 18 Kavalleriedivisionen vorhanden. Theoretisch setzen in der gesamten Roten Armee 870 000 Bajonette und 70 000 Säbel vorhanden sein. In Wirklichkeit sind es wohl 600 000 Infanteristen und 50 000 Kavalleristen.

Es sind noch außerdem einige besondere Truppenteile vorhanden, so z. B. bestimmte rein kommunistische, internationale Formationen, dann die besondere innere Wache („Wachra" genannt). Die Stärke dieser Formationen kann man ungefähr auf 80 000 Bajonette schätzen. An Geschützen dürfte es kaum mehr als 3000 vorhandene Kaliber geben. Außerdem sind ungefähr 12 000 Maschinengewehre vorhanden (18 bis 40 auf jedes Infanterieregiment und 8 bis 12 auf jedes Kavallerieregiment).

Von den angegebenen Truppen befinden sich etwa 127 000 Mann in den verschiedenen Teilen des Kaukasus und an der persischen Grenze, etwa 105 000 Mann in Sibirien und in Turkestan. Die übrigen 420 000 Mann stehen an den Grenzen des unrechtlichen Sowjetstaates.

An der Spitze aller Sowjetarmeen steht der revolutionäre Kriegsrat der Sowjetrepublik, der aus hervorragenden Kommunisten besteht und die politische Aufsicht in der Armee führt. Für operative Zwecke ist ein Feldstab geschaffen worden, an dessen Spitze der jetzige Oberbefehlshaber der Sowjetarmee, der frühere Oberst im Zarenheer, Kamenew, steht. Außerdem gibt es noch einen rein militärischen besonderen Kriegsrat, dessen Vorsitzender Brusilow ist, der aber gar keine Bedeutung hat. Jeder Truppenteil hat einen politischen Kommissar, der natürlich ein Kommunist ist, und überall sind kleine kommunistische „Zellen" gebildet, deren Aufgabe eigentlich in der Beaufsichtigung der Armeen in politischer Hinsicht besteht, und die als Spionageorgane wirken.

Jede Armee hat außerdem eine besondere Kavallerieabteilung, die die Aufgabe hat, den Soldaten kommunistische Gedanken beizubringen. Im ganzen sind in der Roten Armee kaum 7 bis 8 Prozent Kommunisten vorhanden.

Die Disziplin ist in der Roten Armee sehr streng, viel strenger als in der früheren zaristischen Armee. Es ist wahr, daß in der dienstfreien Zeit die Soldaten den Kommandierenden gleichgestellt sind. Da die Rote Armee aber meistens teils in Gegenden steht, die entweder Kriegsschauplatz sind oder in denen der Kriegszustand proklamiert ist, so müssen sich die Kommunisten immer als im Dienst betrachten und unterstehen daher immer der äußerst strengen Disziplin. Das Kommandoorgan besteht zum Teil aus früheren Offizieren der zaristischen Armee, zum Teil aus neuen „Roten Offizieren", welche die neuen bolschewistischen Militärschulen absolviert haben. Jedoch überwiegen die alten Offiziere, namentlich im Generalstab, in der Artillerie und bei den technischen Truppen. Nicht nur die Offiziere fehlt, sondern auch die Mitglieder ihrer Familie werden mit Sehnsuchtsblick und anderen notgedrungen Gegenständen reichlich versorgt. Zur Unterdrückung innerer Unruhen wird die Rote Armee, die jetzt zum allergrößten Teil aus mobilisierten Bauern besteht, und die daher der kommunistischen Regierung nicht als zuverlässig genug gilt, nicht mehr verwendet. Meistens finden dabei rein kommunistische oder internationalistische Truppenteile Anwendung, die jetzt sozusagen als kommunistische „Garde" gelten.

Der Verfasser gelangt zu dem Schluß, daß, obwohl die Rote Armee ihrer zahlenmäßigen Stärke nach weit hinter der früheren zaristischen Armee zurücksteht, sie jedoch eine sehr ernst zu nehmende Macht darstellt, namentlich bei einem Verteidigungskrieg gegen einen ausländischen Feind.

„Leninisten und Trotzkisten."

In der russischen bolschewistischen Partei wird jetzt ein heftiger Kampf geführt über das Verhältnis der Gewerkschaften zum Sowjetstaat. Die Ansichten von Lenin und Trotzki stehen sich darin schroff gegenüber, so daß man jetzt in Sowjetrußland von zwei Gruppen der Partei spricht, die nach den Führern „Leninisten" und „Trotzkisten" genannt werden.

Der Streit dreht sich darum, ob die Arbeitergewerkschaften ihre Selbständigkeit behalten oder in den wirtschaftlichen Organen der Sowjetregierung aufgehen sollen. Trotzki tritt nämlich auf dem Standpunkt, daß das Bestehen selbständiger Arbeitergewerkschaften überflüssig gewesen sei, da die Regierung in Sowjetrußland eine Arbeiterregierung ist. Aufgabe der Arbeitergewerkschaften war es bisher immer gewesen, die Interessen der Arbeiter gegen die Kapitalisten oder den Staat zu wahren. Da aber in Rußland jetzt der Kapitalismus abgeschafft ist, und der Staatsapparat, welche in den Händen der Arbeiterklasse befindet, so ist der Verteidigungskampf der Gewerkschaften nicht mehr notwendig, und die Gewerkschaften können daher den Organen der Sowjetregierung unterworfen werden. Dagegen ist Lenin der Meinung, daß ein bestriges Aufgehen der Gewerkschaften im Sowjetstaat noch nicht möglich ist. Sowjetrußland ist noch kein Kommunistenstaat, sagte Lenin, die Massen müssen noch in kommunistischem Geist erzogen werden. Diese Erziehung kann aber nur von den selbständigen Gewerkschaften geleistet werden. Die Anzahl von Mitgliedern der Gewerkschaften erreicht jetzt in Rußland etwa 7 Millionen, dagegen ist die Zahl der Mitglieder der Kommunistenpartei weniger als 600 000. Das beweist also, daß die Gewerkschaften noch lange nicht vom kommunistischen Geist beherrscht werden. Lenin befürchtet, daß eine Abschaffung der Selbstständigkeit der Gewerkschaften die Arbeiter zu Gegnern der Sowjetregierung machen würde und hält es daher für notwendig, ihre Selbstständigkeit, mit der es jetzt in Sowjetrußland übrigens in Wirklichkeit nicht weit her ist, aufrecht zu erhalten. Sinowjew steht auf der Seite Lenins.

Da es sich dabei um eine Frage der Macht handelt, wird der Kampf innerhalb der Bolschewistenpartei mit großer Heftigkeit geführt. Es finden zahlreiche Arbeiterversammlungen in verschiedenen Städten statt, in welchen über diese Problem Entschließungen gefaßt werden. Soweit aus der Sowjetpresse ersichtlich ist, spricht sich bis jetzt die Mehrzahl der Arbeiter für den Standpunkt Lenins aus.

Die Danziger Versorgungsberechtigten.

Danzig, 7. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Zur Linderung der Notlage, in der sich die im Gebiet der freien Stadt Danzig wohnenden ehemaligen deutschen Ruhegehaltsempfänger, Hinterbliebenen und Mitinvalidenempfänger dadurch befinden, daß ihnen nicht die gleich hohen Gebührnisse gezahlt werden wie im Deutschen Reich, hat die Danziger Regierung jetzt Mittel bereitgestellt, um eine Gleichstellung der Danziger Versorgungsberechtigten mit denen im Deutschen Reiche zu erzielen. Die Renten bzw. die Erhöhungen, die das Deutsche Reich in der letzten Zeit festgesetzt hat, sollen in Danzig nachgezahlt werden.